

Die „Volkswohlt“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gruppenstr. 5/6 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche zu Woche 4 Pf., Postgebühren Nr. 7342.

Volkswohlt

Insertionsgebühr beträgt für die „Volkswohlt“ 20 Pfennige, für Bereinigungs- und Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkhätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 288.

Freitag, den 10. December 1897.

8. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Das Centrum und die Flottenvorlage.

Die Ausführungen der Centrumpresse zur Flottenvorlage ließen auf eine unbedingte Ablehnung der Regierungsabsicht, das Budgetrecht des Reichstages zu verkürzen, seitens der mandatsreichsten Partei des Parlaments und damit auf die Ablehnung des Flottengesetzes für den Fall, daß die Regierung auf jener Absicht beharren würde, schließen. Aber anders als die Centrumpresse im ersten Moment empfanden über das, was an dem Spiele steht, schrieb, handelt nun die Centrumsfraktion des Reichstages. Schon müssen hinter den Coulissen Dinge vor sich gegangen sein, welche die Schwenkung des Centrums vorbereitet haben. Wohl mag auch die entgegenkommende Ansprache des Kaisers an das in Centrums Händen liegende Reichstagspräsidium auf die Centrumsmitglieder gewirkt haben. Der Kaiser soll ja auch gesagt haben, der nächste Reichstag würde im Falle einer Auflösung auch nicht anders zusammengesetzt sein wie der jetzige. Das Centrum ersieht aus dieser Aeußerung, daß das Staatsoberhaupt mit der Fortdauer der mächtigen Stellung der Partei rechnet und sich mit dieser Thatsache abzufinden bereit ist. Das Schmeichelt dem auch „Männerholzen vor Königsthronen“ und eine Liebe ist der anderen werth.

Kein Zweifel mehr, das Gros des Centrums ist bereit, das Budgetrecht des Reichstages in weitem Maße preiszugeben. Nur Rücksichten auf den linken Flügel der Partei und Furcht vor den Wählern hindern ein zu offenes Bekenntnis.

Darum gilt es, die Unterwerfung unter den Regierungswillen möglichst zu verschleiern, das Volk durch schlaues Wortspiel zu täuschen. Und in dieser Kunst sind die Centrums Herren von jeder Meister gewesen und nur seiner besonderen Virtuosität in dieser Kunst verdankt der Dr. Lieber die leitende Stellung in seiner Partei.

Gegen die Schiffsforderungen selbst hat das Centrum nach den Ausführungen Lieber's überhaupt nicht einmal mehr Bedenken. Dieselbe Partei, welche in der vorigen Reichstagsession wegen zweier Kreuzer einen langen scharfen Streit mit der Regierung führte, ist jetzt bereit, alles, was Herr Tirpitz fordert, zu bewilligen. Im Uebrigen hat Herr Lieber allerdings allerlei „Bedenken“ und die Vorlage bedarf einer „ernsten und gründlichen Prüfung“. Das kennt man zur Genüge. Mit „Bedenken“ und „ernster Prüfung“ beginnt allemal der Handlangerdienst an die Regierung.

Die finanzielle Seite der Vorlage macht dem Centrum Bedenken. Neue indirecte Steuern wolle es nicht bewilligen. Die leistungsfähigen Schultern sollen die neuen Summen aufbringen. Das klingt ganz schön. Sind aber die Schiffe bewilligt und es werden neue Steuern nötig, so wird der Vers ganz anders lauten. Und dagegen hat das Centrum nicht das Geringste einzuwenden, daß die betreffenden Reichseinnahmen, die bestehenden indirecten Steuerarten immer wieder dem Militarismus, dem zu Lande oder dem zu Wasser, geopfert werden.

Und ebenso hat das Centrum gegen das Septennat „ernsteste Bedenken“. Aber man übertreibe die Sache nicht, so fährt es allsogleich fort. Man finde auch die Regierung, indem man eine Höchstgrenze der für die Marine aufzuwendenden

den Summe festsetze, dann habe das „Schredgespenst des Septennats“ seine Furchbarkeit verloren.

Mehr Liebenswürdigkeit kann die Regierung vom Centrum kaum verlangen. Herr Tirpitz war auch ganz erfreut über diesen Vorschlag und hatte nur den einen bescheidenen Wunsch, daß die Höchstgrenze nicht zu niedrig bemessen werden möge. Gewiß wird sich das Centrum in seiner Bewilligungslust bestreben, auch diesem Wunsche nachzukommen. Daß der Reichstag damit jede Möglichkeit aufgibt, irgendwelchen reaktionären Plänen der Regierung wirkungsvoll entgegen zu treten, das mag das Centrum nicht sehen. Zwar erinnert es selbst an die Art, wie die Regierung Versprechungen gehalten habe, aber in der Hülfslosigkeit der Regierungsfähigkeit schligt es alle Bedenken in den Wind.

Das ist das alte Spiel der Schwarzkittel vom Centrum. Man gebe ihnen Aemter und Ehren, man lasse die Soane der königlichen und kaiserlichen Guld über sie scheinen, und sie werden mit den Junkern Osteliens um die Wette die Rechte des Volkes mit Füßen treten.

Doch dies Spiel ist ein Spiel mit dem Feuer. Je freundlicher die Regierung denen um Lieder zulächelt, um so unfreundlicher wird das Antlitz der centrumsgetreuen Massen. Je mehr die Partei ihre Regierungsfähigkeit behauptet, umso mehr geht ihre Volksthümlichkeit in die Brüche.

Niemand kann zweien Herren dienen. Man kann nicht die Augen fromm zum Himmel verdrehen und „den Waffen die Entscheidung über die Welt“ zusprechen. Man kann nicht christliche Liebe verkünden und Kriegsbefehle in Ungemessene fördern. Man kann nicht einer Regierung neue Machtmittel geben und zugleich die Rechte und die Wohlfahrt des Volkes schützen wollen.

Die große Centrumsfraktion ist drauf und daran, nicht nur den Militarismus zu fördern, sondern auch die elementaren Rechte der deutschen Volksvertretung preiszugeben. Daß nur mit dieser Preisgabe nicht die „große und ausschlaggebende Partei“ sich selbst eine tiefe Grube gräbt!

Vom deutsch-chinesischen Krieg.

Ueber die weiteren Vorgänge in Kiautschau und die Lage der Verhandlungen mit China beabsichtigt nach einer Berliner Meldung des officiösen „Hamb. Corr.“ Staatssecretär v. Bülow dem Reichstage eingehende Mittheilungen zu machen.

Für die Expedition nach Ostasien ist, wie aus Spandau berichtet wird, von dort am Mittwoch der erste Eisenbahnzug mit Geschützen und Munition abgelassen worden. Zahlreiche Gewerbebetriebe wie Tischler, Klempner, Böttcher sind in Thätigkeit, um in einem auf wenige Tage bemessenen Zeitraum Tausende von Kisten für den Munitionstransport fertigzustellen.

Für China sind auch aus der Artillerie in Köln 2 Offiziere und 17 Mann als Freiwillige ausgewählt worden. Unter den zahlreichen Freiwilligen, welche sich meldeten, ließ man zuletzt durch das Loos eine Entscheidung treffen. Die Freiwilligen müssen sich zugleich für drei Jahre zum Dienst verpflichten.

Dem Kiautschau Transport wird nach der „Danz. Ztg.“ auch ein Geologe beigegeben, um die Bodenuntersuchungen anzustellen.

Die Ansichten des Flottengesetzes. Die „Freisinnige Ztg.“ stellt folgende Berechnung auf:

Außer den Freikonservativen schwenken auch die National-Liberalen auf die Vorlage ein und nehmen dieselbe in derselben Gestalt an, welche die Regierung für annehmbar erklärt. Dasselbe nehmen wir auch von dem Gros der Conservativen an. Die Minorität, von der Graf Rinburg-Stürm sprach, wird, bis es zur Entscheidung kommt, ähnlich zusammenschürmpfen wie die Minorität der Conservativen gegen das Handwerksorganisations-Gesetz. Die vorbenannten 3 Fraktionen mit den zugehörigen Wilden verfügen über 140 Stimmen. Weiterhin kommt die Haltung der Antisemiten (16) und der Freisinnigen Vereinigung (13) in Frage. Sämmtliche Mitglieder dieser Fraktionen werden nicht für eine Bindung des Statsrechts zu haben sein; aber auf mindestens die Hälfte kann die Regierung zählen. Dies ergibt 160 Stimmen. Zur absoluten Mehrheit sind 199 Stimmen erforderlich. Das Centrum zählt ohne die Deutsch-Hannoveraner 98 Mitglieder. Etwa vier Neuntel des Centrums müssen also Herrn Lieber folgen, um dem Gesetz zu einer Mehrheit zu verhelfen. Ein erheblicher Theil des Centrums wird keinesfalls für die Bindung des Statsrechts durch ein Flottengesetz zu haben sein. Je nachdem die Bindung im Einzelnen ausfällt, mehr oder weniger locker oder mehr oder weniger beschränkt, wird sich die Gefolgschaft des Abg. Lieber aus der Reihe seiner Parteigenossen vermehren oder vermindern.

Stillstand der Marinetechnik.

Zu dem von der Marineverwaltung behaupteten gegenwärtigen Stillstand in der Technik des Kriegsschiffbaues dürfte eine durch die Presse gehende Mittheilung wohl zu beachten sein, wonach es Absicht der Marineverwaltung ist, höhere Schiffbautechniker an Bord der im Dienst befindlichen Geschwader als schiffbautechnische Berater des Geschwaders zu unterhalten; „denn bei der schnellen Entwicklung des Kriegsschiffbaues, sowie wegen der bei jedem Geschwader nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden dauernd zu lösenden rein technischen Aufgaben sind diese Beamten unentbehrlich, von besonderem Werth aber bei vorkommenden Favariaten und bei Ausführung von Schiffsreparaturen im Ausland“. Dies zeigt drähtlich, in welchem Maße die Marineverwaltung selbst an den „Stillstand der Technik“ glaubt.

Für Vereiigung des Duells

mit allen der Kirche zu Gebote stehenden Mitteln hat sich die preussische General Synode ausgesprochen und damit wohl auch nach der etwas gewundenen Fassung des Beschlusses für die Verurteilung der kirchlichen Verurteilung von im Duell Gefallenen. Freiherr v. Maltzan-Gültz, der frühere Schatzsecretär, verlas für mehrere seiner Freunde eine Erklärung, wonach das Duell zwar zu den Dingen gehöre, die aus dem Sündenfall gekommen seien, daß sie sich aber dem weitergehenden Urtheil über das Duell und die im Duell Gefallenen nicht anschließen können!!

„Republikanische Freiheit.“

Weil er es gewagt hatte, eine Aeußerung des Bürgermeisters Dr. Mönckberg über die Ausgaben des hamburgischen Staates für die Volksschule sachlich zu kritisieren, wurde der Lehrer Junge mit einem Disziplinarverfahren bestraft. Ebenso geht es dem Lehrer Meters, weil er von den Welsen in einem hannoverischen Wahlkreis als Candidat aufgestellt worden ist und sich, nach der Meinung seiner Vorgesetzten, „zu sehr mit Politik beschäftigte“.

Es lebe die freie Meinung und das Staatsbürgerrecht in der — Republik Hamburg!

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. G. Brachvogel.

„Ich will für dasmal“, fuhr Baldinger fort, „beide Augen zudrücken, wenn Er Ruhe hält und Sein Amt versteht, aber hält Er auf Seine eigene Würde mit besser, kann Er sich nicht wundern, wenn Ihn alle Anderen auch unwürdig behandeln! Der Bettelhad ist leicht genommen, aber schwer weggegeben, ich denk', Er läßt sich doch wohl damit Zeit!“

Schubart ging nach Hause. Ohne seine Frau nur anzusehen, räumte er seine Bücher und Papiere in die Schulstube, schloß sich darin ein und begann für sich zu arbeiten. Gleich hinter ihm her war der Flurschütz gekommen und bestaute Helene wie die Wäblers auf die Obervogeti.

Als es endlich dunkel geworden, schloß Schubart die Klasse ab und ging hinüber in's Wohnzimmer. Seine Frau war noch nicht da. — Er aß sein länglich Abendbrot allein, stuppte seine Pfeife und sah in stummen Sinnen hinaus, so die Nachtigall leise ihr Abendlied zu seufzen begann, die Bäume rauschten; die Wolken zogen; — unendlich schwermüthig ward ihm zu Sinne.

Die Thür ging langsam auf, Helene, bleich und verweint, trat herein, den schlafenden Ludwig im Arme — sie hatte das Kind mitgenommen. Schubart warf ihr einen hastigen, kurzen Blick zu und schaute wieder stumm durch's Fenster.

Da trat Helene mit verhaltenem Schluchzen zu ihm und legte den Knaben in seinen Arm.

„Was kann denn das arme Buble davor, Christian?“
„Ja, was kannst Du dafür, unglücklich Wesen, daß Du ledest, armselige Eltern hast?“

„Christle, — bist Du mir denn gar so gram?“
„Was Du mir bist, Helene, werd' ich Dir sage, wann Du erst wisse wirst, was eine Frau ihrem Manne schuldig ist! Ich bin kein Engel, weiß Gott, sondern ein verrückter, gequalter Kerl. Wann Ihr mich aber ganz zum Teufel habe wollt, — recht so, — es ist all' Eins!“

„Christle, — ich — ich hab' unrecht gehabt! Hät' Dir nit mit den Briefen das arthem sollen. Wann ich unzeitig Angst gehabt, wann ich Dir zu viel that, o vergiß mir's schon, — ich — ich hab's nit besser verstanden!“

Schubart sah sie bewegt an. Seine Augen strömten über. „Siehst's ein, Lene? — Herze! Weib!! — Kein Wort! O Gott, kein Wort!“ Er umarmte sie lachend und weinend voll Seligkeit, der Knabe lag mitten in Weider Armen. „Mein' liebe Frau soll nit bei mir betteln müsse um meine Lieb'! Ich mag thun, was ich will, mag Schläge verdienen wie ein Bube, wann ich meine Leidenschaft gehe laß, — aber daß ich Dich nit mehr lieb', daß ich Dich nit liebe muß, so lange bis ich kalt und steif auf den Hobelspähne lieg', das kann nur ein gottvergeßner Schurk' sage!“

Er zog sie zu sich auf den Schooß, weinte, juchzte und küßte sie. Es war wie in den Zeiten der ersten Lieb'. „Sieh, Schätzle, die Briefe und Bücher, das Musikmachen und Dichten ist mein' einzige Arznei, daß ich nit vor Seelenmattigkeit vergeh'. Wann ich nit mehr singe und denke kann, kann ich nit mehr fröhlich sein, und dann muß ich herbe oder wild werden und ausschlage, und — men's trübt, den trübt's! — Bewahr' mich davor! Wann ich 'was Unrecht thu', vad' Du mich bei den Ohren, von Dir, Lieble, laß' ich mir Alles g'falle, aber Deine Eltern reiß' uns gar auseinander, ich kann nit mit ihnen aushalte, ich kann nit! — Man soll Vater und Mutter ehren, aber wenn Vater und Mutter ver-

geße, daß man selbst groß geworden ist, Jeder seine Sach' in seiner Art treibt, und nit wie's vor Ihnes Zeiten landläufig gewese, da giebt es Krieg, denn die Jungen wollen aufblähe, und die Alten müssen wecke! Auch wir werden weck, Mutter, und wann wir unsre Kinder in die Zwangojacke stecke thäten, in der Deine Alten uns stracke, kein' Rindesthräne würden über unsrer Nische geweint. Nit von Leibeswegen bloß bin ich Vater meiner Kinder, denn das Fleisch vergeht. Aber von Geisteswegen regiert 'a Vaterschaft legend ewiglich, denn der Geist macht lebendig! Glaub's mir, mein lieb' klein Weible, ich bin wohl toll, wann mein Leib gepenicht wird, aber ich bin ein Kind, wo mein' Seel' trinke darf aus der ewigen Geistesquelle Gottes!“

„Ach, so muß es wohl sein, der Obervozt hat's auch so gemeint!“

„War er denn böß zu Dir, Lene?“
„O nein, er war gut und freundlich, hat mit mir allein geredet und mir ordentlich Trost gebe, daß Du zwar ein heftiger, aber ein guter und gar geschickter Mann wärs, aber nit den Eltern war er in der andern Stub' ganz wild! Ach, sie haben mir kein Wort gegönnt beim Weggehen, — nur die Mutter hat gesagt: Wor uns habt Ihr in Ewigkeit Ruh', Euer Schwelle betrete wir nit wieder!“

„Das, Lene, geh' Dir scharf zu Herzen, und es kann nit anders sein. Aber — mein Vater mir so mißspielte, ich thät's auch. Weine nit nit, sieh, es ist gar gut, daß die Eltern zu uns nit komme, aber zu ihnen gehe, wann Dein Gemüth Dich treibt, hab' ich Dir nit mer verbot, und wann etwas Gutes an mir ist, ist's Veröhnung gegen Me, die mir Leides thun!“

(Fortsetzung folgt.)

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten wurde bei der Wahl zum Vicepräsidenten der Abgeordnete **Fuchs** (Centr.) mit 79 Stimmen gewählt, während 51 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben wurden. Abg. **Fuchs** lehnte jedoch die Wahl ab. Daraus wurde mit 80 Stimmen gegenüber 52 unbeschriebenen Zetteln der Abgeordnete **Ludwig von Keller** (lib.) gewählt. Auch bei der Wahl der beiden Schriftführer gab das Centrum unbeschriebene Zettel ab, so daß nunmehr das Centrum im Bureau der Kammer nicht mehr vertreten ist.

Ausland.

Frankreich. Die Dreyfus-Affäre. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat die Untersuchung gegen Esterhazy den einzigen Zweck, die Stichhaltigkeit der Anschuldigung **Mathieu Dreyfus**, daß Esterhazy ein Vaterlandsverräter sei, zu prüfen. Die an Dreyfus gerichteten Fragen zielen lediglich dahin. Somit ergibt sich, daß Dreyfus nicht bloß beweisen muß, Esterhazy habe das Bordereau geschrieben, sondern auch, daß er einen gegen Frankreichs Interesse gerichteten Gebrauch davon gemacht habe. — Das berühmte famose Bordereau wurde den Sachverständigen unterbreitet.

Griechenland. Auf Kreta sind neue heftige Unruhen und Kämpfe ausgebrochen. Die Aufständischen schossen auf die Festung **Rissamo**; die türkische Garnison erwiderte das Feuer, welches eine Stunde dauerte. Die Aufständischen in **Randia** versuchten, sich der Heerden zu bemächtigen, wurden aber zurückgeschlagen. — Etwa 1000 Aufständische von **Sphakia** belagerten das christliche Dorf **Perivolati**, um einen Werd zu rächen. Es kam zu einem sehr heftigen Kampfe.

Deutscher Reichstag.

Die Flottenvorlage wurde heute nach kaum dreistündiger Debatte an die Budgetcommission verwiesen. Das Interesse an der Discussion hatte bedeutend abgenommen. Am Bundesratspräsidenten war viel Platz, unten in Saale noch mehr und auch die Tribünen waren nicht überfüllt. Das ist ganz naturgemäß. Das Schicksal der Vorlage ist seit der Rede **Viebers** entschieden, mag in der Centrumpresse der Versuch noch so oft wiederholt werden, den Umfall des Centrums zu leugnen. Der erste Redner war heute der nationalliberale Abg. **Hammacher**. Ihn hatten die nationalen Phrasen des Herrn **Vieber** nicht schlafen lassen, er mußte ihn noch übertrumpfen. So bestieg er denn die Tribüne und schlug einen gar feierlichen Ton an. Bald freilich trat an die Stelle des Pathos der nüchterne Geschäftston. Herr **Hammacher** ist Vertreter eines Syndikats im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, er weiß also die Vortheile der Vorlage für das vortrige Unternehmertum genau zu schätzen und gerate sich auch gar nicht, offen zuzugeben, daß er diese Unternehmertumstheorie wahrer. Manlich vergesse er die Arbeiter nicht, er suchte sogar die sonstige Behauptung zu erweisen, daß die Socialdemokratie die Arbeiterinteressen schlecht vertritt, wenn sie gegen die Vorlage stimmt. Wenn die Arbeiter den Herren **Hammacher**, **Stumm** und **Conjoren** bei diesen oder ähnlichen Bemerkungen glauben schenken wollten, es würde kein einziger socialdemokratischer Abgeordneter mehr im Reichstag sitzen. Die Arbeiter aber wissen es besser und so können unsere Gewissen derartigen Behauptungen mit Recht nur immer ein heftiges Achsen entgegen setzen.

Ganz anders wie das patriotische Phrasengeplänkel des Herrn **Hammacher** klangen die Worte des jüdischen Volksparteilers **Sauer**, der kurz und bündig seinen vom ausgenommenen Standpunkt vertrat. Wie wenig populär die Flottenfrage in ganz anderen Kreisen als dem industriellen Kapitalist ist, beweisen die Reden des jüdischen Antisemiten **Zimmermann** wie des lächeligen Antisemiten **Silpertz**. In **Zimmermanns** Rede nahm die Bedenken eines ziemlich großen Raums ein, wenn auch schließlich der **Quartpatriotismus** in seiner eigenen Seele siegte. Die Rede des bayerischen Bauernbündlers **Silpertz** spiegelt aber ganz deutlich die Verstimmlung Süddeutschlands über die Flottenvorlage wieder. Von unseren Gewissen kam noch **Wolfsenbahr** zum Wort. Er brachte ganz neue Gesichtspunkte in die Debatte und suchte an patriotischem Material zu arbeiten, das die Bemerkung der neuen Kriegsjahre aus der jermanischen Bevölkerung nicht gedeckt werden konnte. Eine andere wichtige Bemerkung aus „Landratten“ die **Landrat** mit dem Namen **Wolfsenbahr** wurde. Von Regierungssicht nahm zu diesen Ausprägungen Niemand das Wort. Die Herren glauben das nicht mehr möglich zu haben, weil sie ihr Gen in der Scham haben, und **Graf Stolberg**, der als letzter Redner auftrat, wurde seine Quersprache nicht mit so oppositionellem Material belegen und ließ alle die **Wolfsenbahr**igen Einwände unberücksichtigt.

Der angebotene Nachtrag wurde nach mit der Interpellation **Baermann** zur Petroleumfrage ausgesetzt. **Graf Stolberg** beantwortete die Anfrage. Die Antwort ist sehr kurz und laus. Die Regierung will zwar das richtige Petroleum gegenüber dem amerikanischen begünstigen. Herr **Graf Stolberg** sagte aber durchblicken, daß er es gar nicht so angeht, wenn die Petroleumfrage in Betrachtung käme, denn durch diese der deutsche Spiritus in Konkurrenz treten und anderen Nationen wie mit einem Schlag gestört. Die Petroleumfrage erschien vielen Abgeordneten dringender als die Flottenfrage. Sie verhielten sich wenigstens während der Debatte hierüber viel ruhiger als vordem. Morgen wird die Interpellation notwendig nach eingehend besprochen werden.

6. Sitzung, Donnerstag, den 9. December 1897.
Sitzung v. 9. Dec. eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
Tagesordnung: Debatte über die Petroleumfrage.
Abg. **Stolberg** (nat. lib.): Meine Herren, ich bin in der angenehmen Lage, die Erklärung vorzutragen zu können, daß diese petroleumische Frage nach eingehender Beratung ankommen besprochen haben, ich will den Boden der Regierungsmittel zu stellen. (Sehr richtig! links.) Bei der Debatte über die Petroleumfrage habe ich mich nicht für die Unterstützung ausgesprochen, weil ich den Eindruck habe, daß die Petroleumfrage nicht die richtige Lösung der deutschen Petroleumfrage ist. Ich habe mich nicht für die Unterstützung ausgesprochen, weil ich den Eindruck habe, daß die Petroleumfrage nicht die richtige Lösung der deutschen Petroleumfrage ist. Ich habe mich nicht für die Unterstützung ausgesprochen, weil ich den Eindruck habe, daß die Petroleumfrage nicht die richtige Lösung der deutschen Petroleumfrage ist.

Ausführungen des Dr. **Vieber**, etwas Gutes für das Land zu erreichen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir haben die Bedenken von gegnerischer Seite wohl berücksichtigt. Doch unser nationales Empfinden läßt uns über sie hinweg. Wir erkennen in der Vorlage den Ausdruck des Verantwortlichkeitsbewusstseins vor der Geschichte. (Sehr richtig!) Wie sollen im Kriegsfall unsere Küsten verteidigt, wie soll jetzt unser Exporthandel geschützt werden? Von der Geschichte wird das Parlament verantwortlich gemacht werden, nicht die Regierung; diese hat ihre Schuldigkeit getan; sie verdient unsere Dank. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Die Abgeordneten Richter und Schönland meinen, unsere vorhandene Flotte sei für den Küstenschutz ausreichend. Man beruft sich darauf, daß 1870-71 die französische Flotte fast gar keinen Schaden angerichtet hat. Aber man weiß nicht, daß diese in jeder Hinsicht unleistungsfähig war. Und es ist ihr doch gelungen, den deutschen Seehandel vollständig lahm zu legen. Auch wir meinen, die deutsche Flotte kann nur eine Verteidigungsflotte sein, sie muß aber in der Verteidigung dem Feinde offen entgegenzutreten können. Natürlich sind wir nicht so naiv, zu verlangen, daß jedem deutschen Consul ein Schiff vor die Nase gesetzt wird. Wie der Schutz der Deutschen zum Ausdruck kommt, das zeigen die jüngsten Vorgänge, so treibt man praktische Politik. Aber wie gering war der Eindruck unserer unbedeutenden Schiffe neben den mächtigen Schiffen der fremden Mächte in China! Bei dem bedauerlichen, immer mehr hervortretenden Gegensatz der Engländer und Franzosen zu uns, kann sich der Deutsche nicht mehr wie früher in den Schutz fremder Consule begeben. Dazu kommt die wichtige Frage des deutschen Exporthandels, dessen Ausdehnung entscheidend für Deutschlands Zukunft ist. Unsere Exportindustrie schafft sich, wie Japan und Australien, eine eigene Industrie, der Panamerikanismus droht uns und die Handelspolitik Englands, das sich nach Kündigung des Meißnerhandelsvertrages mit uns handelspolitische Vortheile in seinen Colonien sichern wird. In dem Kampf um dem Panamerikanismus, der mehr zu fürchten ist, als die Monroe-Doktrin muß Deutschland die Führung eines künftigen mitteleuropäischen Zollverbandes übernehmen und sich hierzu bei Zeiten mit Nachdruck auszusprechen. Hierzu kommt die Frage: wo bringen wir unsern Bevölkerungsüberschuß, 500.000 Menschen jährlich, unter? Wir sind bei der Zunahme der Bevölkerung auf stetige Steigerung des Exporthandels angewiesen. Die, die dieses Gesetz ablehnen, magen sich nicht verdient um die Industriearbeiter. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Schönland hat die Arbeiter schlecht vertreten. (Grünauer Widerspruch.) Theoretisch mag eine Bindung des Staatsrechts entziehen. Praktisch liegen die Dinge aber nicht schimm. Wir haben Giechens schon früher gesagt. Nimmt der Reichstag die Vorlage an, dann macht er sich wohlverdient um die Ehre der Nation. (Beifall bei rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Saller** (lib. Volksp.): Wir lehnen die Vorlage als weiteren Eingriff in die Volkssouveränität ab. Sie bedeutet für uns einen Schritt weiter zum Nationalismus, in den wir durch eine Abrennungspolitik hineinzuversetzen fürchten. Die jährlichen Verträge für Handel und Industrie können uns nicht rühren. Durch Konzessionen kann man sich keine neuen Abzweigungen erschließen und erlangen (Gruener). gütliche Handelsverträge würden besser sein. Ein weiterer Ablehnungsgrund ist für uns die finanzielle Lage: mit der Bewilligung der Kasse werden neue Steuern notwendig. Nicht weniger ist am Vorkursverhältnis nach langer Abwesenheit die Schicht **Riquels** wieder aufgetaucht. (Beifall.) Die Herren von der Rechten machen gern in geschäftlichem Patriotismus: das **Japan** überlassen sie aber hundertprozentig der kleinen Seite. (Bravo.) Die **Wolfsenbahr** ist trotz aller Marine-Heißspiegel nicht günstig für die Vorlage: der Vertrag der Leipziger Handelsverträge hätte für ein paar Jahre die Küste nicht ausgerichtet. (Gruener.) Der **Wolfsenbahr** ist ungenügend, und ihm gehen wir, wenn wir die Vorlage ablehnen. (Beifall links.)

Abg. **Zimmermann** (nat. lib.) erklärt seine Sympathie für die Vorlage weil sie dem nationalen Empfinden entspricht. Er ist bereit, die Regierung eine solche Macht in die Hand zu geben, aber er würde sich auch eine Regierung, die der man Vertrauen haben könne, nicht ablehnen. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt.

Abg. **Wolfsenbahr** (nat. lib.) erklärt, daß er nicht so gut wie von den Rednern die nationale Bedeutung der Vorlage zu schätzen kann. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt.

Abg. **Stolberg** (nat. lib.) erklärt, daß er nicht so gut wie von den Rednern die nationale Bedeutung der Vorlage zu schätzen kann. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt.

Abg. **Saller** (lib. Volksp.) erklärt, daß er nicht so gut wie von den Rednern die nationale Bedeutung der Vorlage zu schätzen kann. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt. Er ist bereit, die Vorlage zu unterstützen, wenn sie die Interessen der Nationen nicht verletzt.

daß die deutsche Handelsflotte bereits jetzt für 17.000 Registertons befähigt ist. Ein Kriegsschiff zur Verfügung hat, die englische Flotte hat 22.000 Registertons. (Hört! hört! links.) Auf je 100 Mann Besatzung der Handelsmarine kommen in England etwa 40 Mann der Kriegsmarine, bei uns in Deutschland etwa 62 Mann (Hört! hört!) Sie sehen, daß im Verhältnis zur Handelsmarine bei uns die Kriegsmarine erheblich stärker ist, als selbst in England.

Nun wird uns zwar immer gesagt, Deutschland wäre noch erheblich leistungsfähiger. Gewiß, es würde a. B. die Fertilitätsleistung viel mehr nach für Flaggen liefern können, als wir Schiffe zu bauen vermögen. (Beifall links.) Gewiß könnten wir eine Panzerflotte bauen und eine Parade damit ausführen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. (Beifall links.) Der Schiffsbau könnte in einem Jahrzehnt 100 Schiffe bauen und die Eisenindustrie wäre mit besonderem nationalem Patriotismus dazu bereit. (Sehr gut! links.) Wenn sie auch bei der Bestellung der Eisen- und Rohprodukte etwas international gefasst ist, und um billigere Arbeiter zu haben, Arbeiter aus Rußland und Gott weiß wo her kommen läßt. (Sehr richtig! links.) Auch die Unkosten für diese Patrioten nicht. Sie haben sie ja immer auf die Vermieten abzuwälzen verstanden. (Sehr richtig! links.) Sie fürchten sich nicht, wenn Dr. **Vieber** sagt: wir wollen die tragfähigen Schultern belasten. Hernach sind dies doch die untersten Schichten. Und Sie wissen ja auch, daß Sie auf den Schutz der Regierung rechnen dürfen, wenn die Arbeiter durch Streiks ihre Löhne aufzubehalten versuchen. Das Capital ist immer gedeckt. (Sehr richtig! links.) Gerade die patriotische rheinisch-westfälische Montanindustrie maßregelt ihre Arbeiter auf Schonungslos. (Sehr richtig! links.)

Wo aber sollen die Leute zur Besetzung der neuen Schiffe hergenommen werden? Nach einer genauen Berechnung haben Sie gegenwärtig an Schiffsjungen und aus der seemannischen Bevölkerung ungefähr soviel als brauchbare Leute erforderlich sind, vorausgesetzt daß alle für die Marine brauchbar sind. Nehmen Sie aber das Weis an, so brauchen Sie 3000 Mann mehr als Sie hätten, wenn sämtliche am Wasser beschäftigte Personen für die Marine brauchbar wären. Wie soll dieses Manco gedeckt werden? Denkt man vielleicht daran, die Schiffe mit reinen „Landratten“ zu besetzen? Dann würde die Qualität mindestens eben so viel zurückgehen als die Quantität zunimmt. Oder wollen Sie mit der allgemeinen Wehrpflicht brechen und geworbene Soldaten einstellen? Dann hätten Sie die Mehrkosten in Ansatz bringen müssen. Man braucht nicht mit patriotischen Gefühlen über derartige Kleinigkeiten hinwegzugehen — Der Handel kann auch mit anderen Mitteln geschützt werden. Durch internationalliberale Verträge könnte dem Seeraub in Kriegszeiten ein für alle Mal ein Ziel gesetzt werden. Gerade in unserer Zeit der Friedensbereinigungen wäre doch die günstigste Gelegenheit dazu. Wenn man so sehr für die Arbeiter sorgen will, dann wäre auf anderen Gebieten besser Gelegenheit. Wie ist es mit der 1891 beschlossenen Abänderung der Gewerbeordnung? Ich meine doch, die Regierung hat vor dem Capital capituliert (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Woher denn die Übereinstimmung in den Gründen mit den Großcapitalisten? In den offiziellen Blättern hat man sich deren Gründe zu eigen gemacht. Anfangs wollten Sie unter der Flagge des sozialen Königthums sich populär machen, und da stieß man auf Widerstand bei den Capitalisten. Man hatte deren Macht unterschätzt. Schließlich sah man sich durch die Verhältnisse zu den Handelsverträgen gezwungen und stieß dadurch auf den Widerstand der Großgrundbesitzer, des Junkerthums, und so ist eine Unzufriedenheit im ganzen Lande geschaffen, wie sie vorher niemals dagewesen ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Für diese Leute man einen Arbeiter und verfolgt das **Recept** Napoleons III., die Unzufriedenheit auf das Ausland abzuladen. Bei uns sind es jetzt die Chinesen oder die Republikaner, die herhalten müssen. So will man die Waffe für eine Weltpolitik haben oder zum Mindesten ein Decorationsstück hinter dem man die innere Schwäche verbergen will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei einer solchen neuen Umwälzung werden sehr viele Opfer an Geld und Menschen gebracht, ohne daß man damit ein Volk glücklich machen könnte. Ist diese Weltpolitik das treibende Motiv bei der Flottenvorlage, dann haben wir Ursache sie abzulehnen, und nicht minder, wenn sie ein Decorationsstück ist. Der Handel ist hinreichend geschützt, das erkennen selbst die Großhändler an; was berechtigt ist, ist also geschehen. Zu unberechtigten Forderungen würde aber überhaupt kein Mensch seine Zustimmung geben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Graf Stolberg-Wernigerode**: Wenn der Wunsch des Grafen **Ulburg**, durch Eingkeit dem Ausland zu imponieren, noch nicht ganz erfüllt ist, nahe dem Ziele sind wir bereits. Die Förderung der Handelsinteressen liegt auch indirect im Interesse der Landwirtschaft; in Frankreich ist man sich der Interessen-Solidarität bewußt, daher der dortige Nationalwohlstand. Für den Zufuhrer können wir wegen der Lebensmittelfuhr einer starken Flotte nicht entbehren; eine Vernachlässigung der Küstungen räumt ein Land; von dem Phantom einer Flotte ersten Ranges, ist gar keine Rede. Gewünscht hätte ich eigentlich noch mehr Kreuzer.

Damit schließt die Discussion; die Vorlage geht an die Budgetcommission.

Es folgt die Interpellation **Baermann**: Welche Regreien gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um den von Monopolisirung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der St.-D.-G. entgegenzutreten?

Abg. **Baermann** (nat. lib.) schildert die Entwicklung des amerikanischen Petroleums, die neuerliche Unterwerfung der letzten deutschen Großhandelsfirmen in Mannheim und Bremen und legt dar, wie jetzt die **Panzer** zunächst auf 4 Jahre durch Contract in die Stellung von assingenden Agenten gebracht werden sollen, und es die Ansicht der St.-D.-G. ist, dann unter Aushaltung jeglicher Handels durch Errichtung eigener Centralbureaus den genannten Petroleum-Verschieß, um damit die Preisbestimmung in die Hand zu bekommen. Hiergegen ist es Pflicht der Regierung, einzuschreiten; im Interesse der Händler und noch mehr der Consumenten. Die socialdemokratische Fraction hat in der badischen Kammer bereits eine Interpellation eingebracht. Es geht eine Reihe einzelner kleinerer, die in ihrer Gesamtheit wohl einen Erfolg verbürgen. Das Erste und Wichtigste muß sein: Beförderung des russischen Petroleums. Das russische Petroleum ist schwerer; da der Händler nach Gewicht kauft, ist es daher schlechter, als der amerikanische, wenn er nicht vollständigstens verkauft. Eine Begünstigung des russischen Petroleums wäre also die geeignete Vorkehrung des Verkaufs nach Gewicht; nach diesem Grundgesetz erhebt Frankreich den Zoll nach Volumen. Weiter könnte man einen bestimmten Reinheitsgehalt an Schwefel vorschreiben und dadurch minderwertiges amerikanisches Öl ausschließen, wie es in England geschehen ist. Ein Vorbehalt geht auf eine Änderung des Zollsystems und Differenzierung zwischen **Kampf** und **Kampfer**, nach französischem Muster. Dadurch würde die Gründung von Raffinerien in Deutschland ermöglicht werden. Sehr erwünschenswert ist der österreichische Segetenvertrag, der sich gegen die Gabelle richtet. Auch das **Reichsgesetz** steht der **Sonder** und **Cartellen**, die eine wucherische Ausbeutung des Publicums begünstigen oder bewirken, die Voraussetzung für eine Richtschnur-Entscheidung der Verträge als gegeben an. Der Zweck der Interpellation ist, die Interessen in ihrem Entstehungsstadium durch die Ansicht auf Unterordnung zu stellen und sie wenigstens nach einer Reihe von Jahren erzwungung zu ergreifen. Ist das Monopol wirklich vollständig erloschen, so kann das Vorhaben der Regierung zu spät.

Staatsminister **Graf v. Posadowsky**: Ob ein Eingriff in das handelsrechtliche Vertragsverhältnis zwischen der St.-D.-G. und den Grundbesitzern möglich ist, ist sehr fraglich. Posadowsky hat mit ein Verbot der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft erklärt, das keine Verträge, wie die geschiedenen, nicht weiter abgeschlossen werden, und es auch keinen der **Mannheim**-**Bremer** Gesellschaft nicht mehr geschlossen werden. Posadowsky hat die Begründung der deutsch-amerikanischen Gesellschaft preisweisend gewertet. Da die Preisuntergrenze kein eine Speculationsfolge war, ist zweifelhaft, ob die Regierung mit ein großes Interesse daran, die **Consumenten** gegen die amerikanische Monopol-Gesellschaft zu schützen, namentlich die **Consumenten**. Eine Ermächtigung der **Consumenten** ist...

bereits im preussischen Eisenbahn-Ministerium erwogen. Der Zoll wird in neuerer Zeit nach Bolivien erhoben. Eine Vorschrift, die den Petroleum-Verkauf nach Gewicht vorschreibt, wurde insofern für den Detail-Verkauf zweifellos große Unbequemlichkeiten haben und den Ambulanten-Verkauf ganz unterbinden. Eine Differenzierung des Zolles zu Gunsten des Roh-Petroleum würde entweder eine erhebliche finanzielle Einbuße für das Reich bedeuten oder eine Verzögerung des Konsums. Die Erfahrungen in Frankreich sind nicht ermutigend. Ueberdies hat die S. O. C. auch in den dortigen Maschinenfabriken ihre Hand. Sollte der amerikanische Trust durch Mißbrauch seines Monopols den Petroleum-Preis unbillig steigern, so werden an die Stelle des Petroleum-Preises deutsche Leuchtstoffe treten, in erster Linie der Spiritus; das wäre der günstigste Ausweg für unsere Landwirthschaft. (Große Heiterkeit.) Die Spiritus-Bläse ist bereits zu einer großen Vollkommenheit gebracht. Bei einer Verdünnung der Production könnte unsere Landwirthschaft auch hinsichtlich des Quantums concurrenzen. Jedenfalls wird im Falle eines Mißbrauchs des Monopols die Regierung die angebotenen Maßregeln energisch ergreifen, und zwar sofort. (Beifall.) Ich wünsche nur, daß die russische und galizische Petroleum-Ausfuhr sowie die Pure-O. C. auch ihrerseits den Concurrenz-Kampf in Deutschland energisch aufnehmen. (Beifall.)

Hg. Dr. Barth (frei. Vg.) beantragt Besprechung und zugleich Vertagung. Dies wird einstimmig beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Besprechung der Interpellation und Etat.

Eingegangen sind die Justizgehehe Schluß 5 Uhr 15 Minuten.

Parlamentarisches.

Der Reichstag hat in der ersten Woche seiner Tagung bereits sieben Commissionen gewählt: Die Geschäfts-Commission, die Budgetcommission, die Petitionskommission, die Wahlprüfungskommission, die Rechnungscommission, die Commission für das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Commission für das Gesetz betr. die Entschädigung der im Wiederkaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. Als achte wird nächste Woche die Commission für die Militärstrafprozessreform hinzutreten. In der Geschäftsordnungscommission ist Singer, wie in früheren Jahren wieder zum Vorsitzenden gewählt worden. Der Budgetcommission gehören Vebel, Meister und Singer an. In verschiedenen andern Commissionen ist unsern Parteigenossen das eben so ehrenvolle, wie arbeitreiche Amt des Schriftführers übertragen worden.

Arbeiterbewegung.

Schuhmacher. Der Streik der Zwicker bei Burdhardt u. Sohn in Berlin dauert unverändert fort.

Der Streik der Weber bei der Firma Wehr. Wallach in Aachen ist beendet. Wie die Aachener Blätter berichten, wurden von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht. Alle Ausständigen sollen die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Der Streik der Buchbinder in Hannover bei der Firma Dörmeyer Nachf. dauert unverändert fort.

Der Streik der Wiener Lasterarbeiter ist nach zehnwöchentlicher Dauer von den Arbeitern vorläufig für beendet erklärt. Die Unternehmer, die vordem es ablehnten, mit den Streikenden zu unterhandeln, haben einige Concessionen gemacht, mit denen sich die Arbeiter zur Zeit begnügen; der Neuntugendtag ist allerdings noch nicht bewilligt. Aus auf 40 Mann sind alle Ausständigen wieder untergebracht.

Vom Kampf der englischen Maschinenbauer.

Das Central-Steuercomitee, in welchem alle Districtscomitees der Metropole vertreten sind, hat in einer Sitzung am Montag beschlossen, die Bedingungen der Unternehmer abzulehnen. Der Executiv-Ausschuß der Maschinenbauer hat ebenfalls Stellung dazu genommen; die Beschlüsse sind jedoch nicht bekannt. In diesen Tagen soll eine Sitzung des Londoner Gewerkschaftsrates stattfinden, um weitere Schritte zu beraten. Wie „Daily Chronicle“ mittheilt, ist beabsichtigt, eine Nationalconvention sämtlicher Gewerkschaften Englands herbeizuführen. Von jedem einzelnen Mitglied der Gewerkschaften soll ein Beitrag von wöchentlich 3 Pence erhoben werden; auf diese Weise würde pro Woche die Summe von 375,000 Mk. zusammengebracht werden. Wird ein solcher Beschluß angenommen und durchgeführt, dann wären die Arbeiter allerdings in den Stand gesetzt, es abzuwarten, bis die Unternehmer sich zu günstigeren Bedingungen herbeilassen.

Der drohende Baumwollarbeiter-Ausstand von Lancashire ist, wie die „Times“ melden, dadurch abgewandt worden, daß die Unternehmer auf die beabsichtigte 5procentige Lohnreduction verzichtet haben.

Der allgemeine Ausstand der Eisenbahner wird, wie der Telegraph meldet, ebenfalls unterbleiben. Wie wir entgegen den Meldungen bürgerlicher Blätter schon einmal festgestellt haben, war ein solcher von den Arbeitern auch noch gar nicht beschlossen.

Aus aller Welt.

Ein familiäres Verbrechen aus dem Gegenwartsstaat. Das Schwurgericht zu Nürnberg verurtheilte am Sonnabend des gegen Wintermord gegen den Bauernsohn Sebastian Holzammer, dessen Bruder Conrad und seiner Schwester Barbara. Der Ertere wurde beschuldigt, auf Anstiften seiner Mutter, die sich aus Selbstmitleid in irgendwelcher Art ergangen hat, sein zwanzigjähriges Stiefkind, während dessen Mutter abwesend war, ermordet zu haben; der beiden übrigen Angeklagten wird ein Verbrechen der Beihilfe bezuglich der Begräbnisurtheile zur Last gelegt. Das Verdict der unerschütterlichen Jury war der Wunsch, die Mörder zu hängen und eine gute Partie zu machen, welcher das uneheliche Kind im Wege stand. Das Urtheil lautete gegen Sebastian Holzammer unter Annahme mildernder Umstände auf 15 Jahre Zuchthaus, gegen Conrad Holzammer auf 10 Jahre Zuchthaus, Barbara Holzammer wurde wegen mangelhafter Beweise freigesprochen.

Siemlich stark Erdbeben wurden am 2. d. d. in der Gegend von S. d. d. beobachtet.

Erzherzog des Volkes! Nach einwöchentlichem Verhandlung mit einer ungarischen Beweisausschüsse wurde der k. k. Hofrath Erzherzog des Volkes von Rudolph wegen mehrerer Samstagsarbeiten von der Staatsanwaltschaft in Wien auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren verurtheilt. — Der zweite Herrscher des Reiches aus Wasserbach bei Seggau, kürzlich in Oera, wurde von der Staatsanwaltschaft in Wien zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Exil verurtheilt, weil er sich an seinen Säuglingen vergangen hatte. — Die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf verurtheilte einen Lehrer aus Herrnhagen der Vorherrschaft wegen sehr eigenartiger Uebergriffe auf des Jugendgerichtes zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte die Verurtheilung beantragt.

Auf dem Eye des Brandstifters in Garndee im Kreis... wurde ein junges Mädchen eingekerkert und drei davon... entlassen.

Aus Unvorsichtigkeit erschossen wurde der Arbeiter H. Hachbarth aus Blumenhal bei Schubin von seinem aus Amerika heimgekehrten Schwager, dem Arbeiter Julius Sommerfeld. Sommerfeld hatte aus Amerika einen Revolver mitgebracht und wollte nun die dem Hantirungen ging ein Schuß los und die Ladung ging dem Hachbarth, welcher neben seinem Schwager saß, in die Brust, so daß er sofort eine Leiche war.

auf dem evangelischen Kirchhofe in Pinne wurden Nachts 53 Kreuze und Denkmäler zerbrochen und umgestürzt.

Lokales.

Breslau, den 10. December 1897.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich gestern u. A. mit der Lehrreichtung und dem Lehrplan für das Mädchen-Gymnasium; nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Vorlage den Ausschüssen III und VI überwiesen. — Die Versammlung beschloß darauf gemäß dem Magistratsantrage, zu Ostern 1898 eine vierte Mädchen-Mittelschule in der Obervorstadt zu errichten. — Die Vorlage betr. den Ankauf von Terrain an der Striegauer Chaussee zum Preise von 16 000 Mark gelangte zur Ueberweisung an die Ausschüsse IV und V. — Zu dem Statut des Claissen'schen Siechenhauses hatte Stadtv. Feige beantragt, den Artikel 8 der Hausordnung, der besagte, „daß die Siechen ohne Vorwissen des Inspectors außerhalb der Besuchszeit keine Besuche, Briefe, Speisen oder Getränke von auswärts empfangen und mit Außenstehenden nicht in Verkehr treten dürfen“ wie folgt zu fassen: „Die Siechen bedürfen der Erlaubniß des Inspectors oder Arztes zum Verlassen der Anstalt, zur Annahme von Speisen und Getränken von auswärts, zum Empfang von Besuchen außerhalb der geordneten Besuchszeit.“ Der Ausschuß VI empfahl Ablehnung dieses Antrages und Genehmigung der Magistrats-Vorlage mit einer ebenfalls vom Stadtverordneten Feige beantragten formalen Uebertragung im Artikel 5. Der Referent, Stadtverordneter Dr. Körner sprach für Annahme des Ausschußantrages; der Ausschuß habe bei eingehender Beratung in der fraglichen Bestimmung keine Härte finden können. Stadtv. Feige beantragte, um eine mögliche Mißdeutung des Ausdrucks „ohne Vorwissen des Inspectors“ zu verhindern, den Zusatz zu machen: „der Briefwechsel erfolgt durch Vermittelung der Anstalt, unterliegt jedoch im übrigen keiner Controle.“ Nachdem sich Oberbürgermeister Bender und der Referent für den Antrag ausgesprochen haben, genehmigt die Versammlung mit diesem Zusatz die Ausschußanträge. — Kurz nach 6 Uhr Abends schloß der Vorsitzende die öffentliche Sitzung; ihr folgte eine geheime.

Die häufigsten Eisenbahnunfälle, welche im Laufe des vergangenen Sommers die Bevölkerung unruhigten, sind noch in aller Erinnerung. Ebenso ist bekannt, daß im September d. J. eine Kundgebung des Eisenbahnministers im „Reichsanzeiger“ erschien, die nachweisen sollte, „daß die preussische Eisenbahnverwaltung ernstlich bestrebt ist, allen Fortschritten der Technik zu folgen, Mißstände zu beseitigen und unter schonender Verwendung der Beamten mit zweckmäßiger Einrichtung des Dienstes den Bedürfnissen des Verkehrs gerecht zu werden.“ In der wortreichen Kundgebung wurde ferner mitgeteilt, daß eine Commission eingesetzt worden sei mit der Aufgabe, für die Verhütung weiterer Eisenbahnunfälle Sorge zu tragen, und es wurden gleichzeitig Mittel und Wege aufgezählt, die zur Erreichung dieses Zweckes von der Commission einzuschlagen seien würden. Die Darstellung des „Reichsanzeiger“ erschien zu einer Zeit, wo die Presse aller Parteien Angriffe gegen die preussische Eisenbahnverwaltung die heftigsten Angriffe richtete. Am 30. September brachte auch die „Volksrecht“ einen Artikel, welcher die Kundgebung des Eisenbahnministers kritisch beleuchtete und sich insbesondere gegen die eingesetzte Commission wandte, die, weil sie aus abhängigen Beamten zusammengesetzt sei, als nicht geeignet bezeichnet wurde, die Eisenbahnunfälle gründlich zu untersuchen und Mittel zur Vermeidung der Uebelstände in Vorschlag zu bringen. Durch verschiedene Stellen des Artikels erregte Herr Thiel sich selbst und die Commissionsmitglieder beunruhigt und stellte gegen den verantwortlichen Redacteur der „Volksrecht“, Genossen Reukirch, Strafantrag. In der getragenen Hauptverhandlung führte Herr Staatsanwalt Schubert aus, es könne kein Zweifel obwalten, daß der Artikel schwere Beleidigungen enthalte. Die vom Minister eingesetzte Commission werde eine „Renommir“-Commission genannt, eine Commission also, die nur eingesetzt wird, um den Eindruck herbeizuführen, als ergreife der Minister energische Maßregeln, während er nicht daran denkt, die bestehenden, wenn auch noch so mangelhaften Einrichtungen zu ändern. Weiter werde der Commission der Titel „Schreibercomitee“ beigelegt, das ohne socialpolitisches Verständniß arbeite. Die Frage, ob der § 193 des Strafgesetzbuches zu Gunsten des Angeklagten in Anwendung kommen soll, sei zu verneinen, da er nicht berechnete Interessen (1) vertreten habe. Hinsichtlich des Strafmaßes hält er (der Staatsanwalt) mit Rücksicht darauf, daß Reukirch bereits einmal wegen Beleidigung mit Gefängnis bestraft sei, eine Gefängnisstrafe von neun Monaten (2) für angezeigt. Es erscheine ferner auch erforderlich, den Angeklagten wegen des durch die Höhe der Strafe bestehenden Flußverdicts (3) sofort in Haft zu nehmen (4); das sei um so mehr gerechtfertigt, als gegen den Angeklagten noch eine ganze Reihe von Klagen schweben. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Hein, wandte sich zunächst gegen diesen Antrag und führte im Weiteren aus, wie unbillig eine Verurtheilung des Angeklagten zu der beantragten hohen Gefängnisstrafe, ja, einer Gefängnisstrafe überhaupt sei. Der Artikel enthalte zwar recht scharfe Wendungen gegen die Eisenbahnverwaltung, lasse aber nicht die Absicht der Beleidigung des Herrn Thiel und der Commission erkennen. Ganz gewiss habe der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Wenn er auch keinen speziellen Auftrag besaß, die Maßnahmen des Eisenbahnministers zu kritisiren, so bedürfte er eines hohen Auftrages ja gar nicht; denn jeder einzelne Staatsbürger verfolge ein berechtigtes Interesse, wenn er seine Meinung darüber sagt, wie den Unfällen abzuwehren sei. Jeder Staatsbürger tomme in die Lage, die Eisenbahn zu benutzen, jeder könne sich der Gefahr aussetzen, bei Unfällen in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die Anklage behaupte nun, daß der Angeklagte die Commission verächtlich wolle. Das gehe jedoch aus dem Artikel nicht hervor. Der Standpunkt des Angeklagten ist der, daß die Commission nicht geeignet sei, die Wahrheit bezüglich der Eisenbahnunfälle zu erforschen. Mit dem Ausdruck „Renommir“-Commission werde nicht gesagt, daß die Commission überhaupt nicht arbeiten wolle. Eine Renommir-Commission sei eine Commission, mit der man glaube renommiren zu können, eine Commission, die nicht viel Bedeutung besitze, mit der man also mit Unrecht renommiren wolle. Das Gericht verurtheilte Genossen Reukirch, wie bereits mitgeteilt, zu einer Geldstrafe von 150 Mark (5) oder 30 Tagen Gefängnis. Das Urtheil lautete: Das Gericht verurtheilt den Angeklagten nicht den Straß des § 193 des Str.-G.-B., da einseitig der „Reichsanzeiger“ selber in den Straß der Meinungen angetreten sei und andererseits jedem Bürger das Interesse oblag, gegenüber den Eisenbahn-Calamitäten

dasjenige geltend zu machen, was ihm zur Abhilfe gegen die vorliegenden Mißstände geeignet erscheine. Dagegen nehme das Gericht an, daß die Form als solche in zwei Ausdrücken durchaus unpassend sei und an sich eine Herabsetzung der Commission enthalte, die nicht gerechtfertigt war. Mit den Ausdrücken „Renommir-Commission“ und „Schreibercomitee“, wie die Commission herabgesetzt werden sollen und sei thatsächlich damit herabgesetzt worden. Es sei deshalb auf Strafe zu erkennen gewesen. Mit Rücksicht aber auf die Erregung über die Eisenbahnunfälle, die damals eine allgemeine war und die Kritik über diese Verhältnisse herausforderte, sei, trotzdem der Angeklagte schon wiederholt wegen Beleidigung mit Gefängnis bestraft sei, doch nur auf eine Geldstrafe, und zwar von 150 Mark (event. 30 Tage Gefängnis) erkannt worden.

Tödlicher Sturz. Mittwoch Nachmittag ist ein Schlosserlehrling, der auf einem fünf Meter hohen Glasdach auf dem Grundstück Victoriastraße 8 mit dem Einziehen von Glasseibern beschäftigt war, durchgetreten und stürzte hinab, wobei er einen Schädelfraktur davontrug, der sofort den Tod zur Folge hatte. Der Leichnam wurde in die Wohnung der Eltern gebracht.

Feuer. Donnerstag Vorm. 10 Uhr brannten in einer im Erdgeschoß des Hauses Sadowastr. 4 gelegenen Wohnstube ein Bett, eine Gardine, ein Fenstervorhang, ein Kleiderkasten, die darin befindlichen Kleidungsstücke, zwei Bilder, zwei Spiegel, ein Stuhl, eine Wanduhr und ein Theil der Deckung. Das Feuer, dessen Ursache nicht ermittelt werden konnte, wurde durch einige Eimer Wasser gelöscht.

Einwerfen von Fensterscheiben. In der Nacht zum 5. d. Mts. wurden in der Königl. Kunstschule am Augustaplatz 6 Fensterscheiben und im Realgymnasium zum heiligen Geist 18 Fensterscheiben mit Steinen eingeworfen.

Vermisst wird seit dem 5. d. Mts. der 21 Jahre alte Drogist Albert Klusowski, Matthiasstraße 104.

Einbruch. Am 8. d. Mts. Nachm. wurde ferner am Mädchen in die Wohnung eines Restaurateurs eingebrochen. Der Dieb entwendete eine goldene Herrenuhr, zwei silberne Remontoiruhren, eine goldene Damenhalskette, ein goldenes Kreuz, ein goldenes Medaillon in schwarzer Emaille, in der Mitte ein mit Gold eingefaßter Stern, drei Paar goldene Ohrringe, ein Paar Granatohrringe, eine schwarze Brieftasche mit Rechnungen auf den Namen Johanna John, zwei Pfandscheine auf den Namen Otto Halerte, über einen Anzug und eine Uhr, eine Brieftasche mit einem Trauschein und einigen Tauschweinen. In der Brieftasche befand sich noch außerdem ein Siegelring, gez. P. J., ein Sächsisch-Preussisches Serienloos und Zeugnisse auf den Namen Conditor Paul John.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 8. d. Mts. 33 Personen eingeleiert. — Gefunden wurden: ein seidenes Halsstück, ein Paar braune Glacehandschuhe, ein braunes Tuch und ein schwarzer Muff. — Abhandelt wurden: ein silbernes Vincenz mit Kreuz, eine goldene Damenuhr mit kurzer Kette, ein Medaillon mit schwarzen Stein, 380 Gramm Garnwolle und 3 Cicimo-Nebergelcher.

Schlesien.

Zum Capitel „Versammlungsrecht in Oberschlesien“

wird uns von dort geschrieben: Die Gewanotheit, die Herr Meister im Verbot von socialdemokratischen Versammlungen bezieht, steht ihm leider auf dem Gebiete der Berichtigungen nicht zur Verfügung. Ihre Depesche aus Poremba, denn diese meint doch wohl Herr Meister mit dem „Artikel“, ist durchaus nicht „durchweg falsch“, höchstens mögen der Depeschentext und die Uebersetzung der Depesche in fließendes Deutsch einige Schwächen des Ausdrucks mit sich gebracht haben. Wir hätten eigentlich gar nicht nöthig, auf Herrn Meisters „Berichtigung“ näher einzugehen; die beste Uebersetzung des Herrn Meisters ist die Thatsache, daß schon am Dienstag (Nachmittag) unser Saal in Poremba von den unrechtmässigen Inhabern geräumt war, wie uns gestern früh gemeldet wurde. Diese Thatfache widerlegt die Weiterliche Deutung des § 6 des Sachvertrages schlagend. Woher weiß jener Herr Meister, daß die Genossen Winter und Luster „in dem bewohnten Raume“ eine Versammlung abhalten wollten? Sie hatten keine Ahnung davon, daß der Raum bewohnt war, waren höchlichst verwundert über die vorgefundene Situation und hatten allerdings den Wunsch, von dem unrechtmässigen Bewohner des Saales Aufklärung zu verlangen.

Mit dem Verbot des Ausschankes von Getränken steht es so: Bereits Mittags wurde in einem Saalgaule den dort anwesenden Genossen kein Bier verabreicht, wir wissen insofern nicht, ob in diesem Falle die „Bierverweigerung“ eine private oder behördliche Maßregel war. Nachmittags wurde in mehreren Saalhäusern von Poremba den Versammlungsbesuchern das Verabreichen von Bier mit der Motivirung verweigert: „Wir dürfen nicht“. Haben vielleicht einzelne Polizisten und Genossen den Wirthen eigenmächtig „nahe gelegt“, den Versammlungsbesuchern nichts zu verabreichen? Sonst für heute; über die weitere Entwicklung der Angelegenheit später.

Aus Deutchen berichtet man uns noch: Luster hat auf sein „dringendes“ Telegramm (mit bezahelter Rückantwort) an den Oppelner Regierungspräsidenten, das er am 5. d. Mts. an ihn abgeschickt, erst gestern, also nach drei Tagen, Antwort erhalten und zwar durch einen Vorboten (1), in dem ihm gratulirt wird, sich an den Zadrzer Vandrath zu wenden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Decbr. Dem Reichstage sind folgende Entwürfe vorgelegt: 1. Antrag Bloß, betreffend einen Eingangszoll auf Sacharin sowie eine Fabriksteuer auf im Inlande erzeugten Sacharin. 2. Antrag Pischke auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, betreffend die der Beilegung des Coalitionsrechts entgegenstehenden Beschränkungen. 3. Antrag Puy, betreffend den Entwurf eines Heimathengesetzes. 4. Antrag Schenker, betreffend eingetragene Berufsbereine.

London, 10. December. Die Nachrichten, daß China gewisse Forderungen Deutschlands bewilligt habe, sind so aufzufassen, daß China den deutschen Forderungen im Princip zustimmt und nur noch über Einzelheiten verhandelt wird.

Madrid, 10. December. Einer Meldung aus Port-au-Prince zufolge, hat der Präsident von Haiti gestern den deutschen Admiral empfangen. In einer neuen Proclamation des Präsidenten erklärt dieser wiederholt, daß die Regierung in ihren Rechten gestärkt worden sei, aber der deutschen Gewalt hätte weichen müssen.

Ständesamtliche Nachrichten.

Eheheligungen. I. Arbeiter Adolf Pütz mit Maria Krieger. — II. Arbeiter August Ridel mit Pauline Baumgart. — III. Arbeiter Carl Bauer mit Ernestine Mohaupt. — Steinbrücker Georg Jürg mit Clara Andreas, geb. May. — Schmied Emil Kammann mit Marie Krawald. — III. Klempner Franz Perchalla mit Margarete Keder, geb. Warleben. — Schuhmacher Jacob Bunt mit Bertha Bostner, geb. Pöpel. — Ziegenweber Heinrich Bading mit Pauline Khamann. — Holzschuhmacher Carl Bangner mit Amelina Fran.

Todesfälle. II. Alfred, S. d. Arbeiters Ernst Bärner, 11 J. — Straßenbahnkassierer Gustav Ragner, 27 J. — Ogelbauers-Witwe Carolina Wilhelm, geb. Paduch, 49 J. — Arbeiter Wilhelm Sonntag, 41 J. — Arbeiters-Witwe Rosina Langhammer, geb. Dreindler, 59 J. — III. Martha, E. d. Kupferschmieds Carl, 9 Woch. — Wirt, S. des Vorstandsleiters Wilhelm Darras, 2 J. — Arbeiter Carl Pankowski, 61 J. — Arbeiterfrau Johanna Krause, geb. Krause, 79 J. — Arbeiters-Witwe Caroline Pankowski, geb. Reisch, verw. gew. Baum, 50 J. — Schuhmacher Franz Sedler, 26 Jahre.

